



BUNDESVERBAND DEUTSCHER PFLANZENZÜCHTER E. V.

Presseinformation

BDP begrüßt klares Bekenntnis zum Züchtungsfortschritt im Rahmen des Saatguthandelstags

Nachbaugebühren sichern Züchtungsfortschritt und vielfältige Pflanzenzüchtung

Bonn, 17. Mai 2010. Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP) begrüßt das klare Bekenntnis der Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Züchtung im Rahmen des Saatguthandelstags am 11. bis 12. Mai 2010 auf der Burg Warberg zur Steigerung des Z-Saatgutabsatzes sowie zur Notwendigkeit der Erhebung von Nachbaugebühren. Der BDP setzt auf einen sachlichen Dialog. An einer Lösung zur flächendeckenden und gerechten Erhebung der Nachbaugebühren wird weiter mit den Vertretern der Branche gemeinschaftlich gearbeitet, um Züchtungsvielfalt nicht länger zu gefährden.

Der dramatisch eingebrochene Z-Saatgutwechsel bei Getreide sowie die weiterhin unbefriedigende Situation bei der Erhebung der Nachbaugebühren gefährdet langfristig die vielfältige mittelständische Pflanzenzüchtung in Deutschland sowie die Sortenvielfalt. Die Teilnehmer des Saatguthandelstags, der traditionell vom Bundesverband der VO-Firmen ausgerichtet wird, waren sich einig, dass die Branche an einem Strang ziehen muss, um den Absatz von Z-Saatgut wieder zu steigern und eine gerechte und unbürokratische Lösung bei der Erhebung der Nachbaugebühren auf den Weg zu bringen, die die ehrlichen Landwirte schützt.

Dr. Reinhard Kendlbacher, I.G. Pflanzenzucht, München, brachte in seinem Vortrag „Der Saatgutmarkt 2010 und 2020 Stand und Perspektiven“ die dramatische Situation auf den Punkt. Aufgrund der derzeitigen Situation müsse mit einem massiven Strukturwandel gerechnet werden, so dass nach seiner Ansicht bis zum Jahr 2020 im Bereich Getreide 50 Prozent weniger Züchter aktiv seien. Auch bei den VO-Firmen habe diese Entwicklung massive Auswirkungen.

In der Diskussionsrunde „Nachbau – Wer bezahlt den technischen Fortschritt – gibt es eine Lösung?“ wies Joachim Rukwied, Präsident des Landesbauernverbandes Baden-Württemberg, auf die Notwendigkeit zur Steigerung des Z-Saatgutabsatzes sowie einer gerechten Erhebung von Nachbaugebühren zum Erhalt der leistungsstarken

mittelständischen Pflanzenzüchtung hin. Ausdrücklich nannte er die Vorzüge des Sortenschutzes, der einerseits das geistige Eigentums des Züchters an der Sorte sichere, andererseits dem Landwirt überhaupt das Recht am Nachbau gegen eine Gebühr einräume. Zugleich kritisierte er die derzeitig lückenhafte Erhebung der Nachbauggebühr. Nur die ehrlichen Landwirte zahlten. Diese Ungerechtigkeit müsse durch eine lückenlose und unbürokratische Regelung abgeschafft werden. Landwirte und Züchter müssten endlich wieder zueinander finden.

Hans-Joachim von Klitzing, Öko-Korn Nord, warnte davor, keine Nachbaugebühren zu zahlen. Demnach habe gerade der Ökolandbau ein vitales Interesse, dass Züchter ihre Lizenzen bekommen. Ein breites Sortenspektrum sei für den Ökolandbau elementar. Wenn Nachbaugebühren nicht gezahlt würden, bedeute dies eine Einschränkung der Sortenvielfalt. Zudem befürchtet er, dass das Nichtzahlen von Nachbaugebühren zu einer stärkeren Entwicklung von Hybriden und Gentechnik sowie zur Monopolisierung führe.

Klaus Buschmeier, Landwirt und Vertreter der Interessengemeinschaft gegen Nachbau, sprach sich ebenfalls für Nachbaugebühren aus. Seinem Vorschlag zur Erhebung der Gebühren, weg von einem marktwirtschaftlichen Ansatz hin zu einem staatlich organisierten Fonds, der die Verteilung pauschal erhobener Gebühren vornimmt und entsprechende Zuchtziele festlege, konnte jedoch niemand folgen, da eine Vermischung von privatem und öffentlichem Recht grundsätzlich unzulässig sei – wie auch das Urteil vom Absatzfonds deutlich machte. Zudem sei bei dieser „quasi“-Verstaatlichung der Züchtung unklar, wer die Gelder aus dem Fonds in welcher Höhe den Züchtungsunternehmen zuweise. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb um die besten Sorten am Markt und damit der Ansporn, Züchtungsfortschritt zu erzielen, würden komplett entfallen.

Dr. Stefan Streng, Saatzucht Streng-Engelen, machte in seinem Vortrag deutlich, welche Grenzen der Selbstbefruchterzüchtung gesetzt sind. Aufgrund der gesicherten Investition bestehe schon heute ein Technologievorsprung bei Hybridkulturen. Wenn es nicht gelänge, im Bereich der Selbstbefruchterarten eine Lösung zur Finanzierung der Züchtungsleistung zu erzielen, sei die Verringerung der Züchtungsaktivitäten mit erheblichen Konsequenzen für den Züchtungsfortschritt die logische Konsequenz. Wichtige Getreidearten und Leguminosen könnten im Vergleich zu anderen Kulturen wie Mais, Raps und Rüben an Konkurrenzfähigkeit verlieren. Zudem würde die mittelständische Züchtung verschwinden und letztendlich die Sortenvielfalt beschränkt. Die Beispiele Hafer und Erbse seien hier erste Warnzeichen einer solchen Entwicklung. Die Lösung für die Zukunft einer vielfältigen Züchterlandschaft und für Sortenvielfalt liege in der Steigerung des Absatzes von Z-Saatgut sowie einer gerechten und flächendeckenden Erhebung der Nachbaugebühren.

Info:

Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP) mit Sitz in Bonn und Berlin ist die berufsständische Vertretung der rund 130 deutschen Pflanzenzüchtungsunternehmen und Saatenhändler

aus den Bereichen Landwirtschaft, Gemüse und Zierpflanzen. Mit einer F&E-Quote (Forschung & Entwicklung) von 16,1 Prozent gehört die Pflanzenzüchtung zu den innovativsten Branchen in Deutschland. Rund 12.000 Beschäftigte finden in ihr einen Arbeitsplatz und legen mit ihrer Tätigkeit die Basis für eine erfolgreiche Landwirtschaft und die darauf folgenden Stufen der Wertschöpfungskette.

Ansprechpartnerin:
Christina Siepe
Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.
Kaufmannstraße 71-73, 53115 Bonn
Tel. 02 28/9 85 81-17, Fax -19,
E-Mail: csiepe@bdp-online.de